

<https://www.rbb24.de/politik/beitrag/2023/11/senat-gefluechtete-berlin-tempelhofer-feld-gesetz-geaendert.html> 28.11.2023

Senat macht Weg frei für neue Container-Unterkünfte auf Tempelhofer Feld

Der Berliner Senat hat eine Gesetzesänderung auf den Weg gebracht, damit bei Bedarf weitere Flüchtlingsunterkünfte auf dem Tempelhofer Feld gebaut werden können. Die Änderung soll ermöglichen, Flächen im Norden des Feldes am Columbiadamm für zusätzliche Container-Unterkünfte zu erweitern.

Gleichzeitig wird der Weiterbetrieb einer schon länger dort existierenden Container-Siedlung für Geflüchtete rechtlich abgesichert. Beides soll bis 2028 befristet sein, wie der Regierende Bürgermeister Kai Wegner (CDU) und Sozialsenatorin Cansel Kiziltepe (SPD) mitteilten.

Eigentlich schließt das bei einer Volksentscheid 2014 beschlossene Tempelhof-Gesetz eine Bebauung des Areals weitgehend aus. Wegen des starken Zuzugs geflüchteter Menschen und eines Mangels an Unterbringungsmöglichkeiten sehen sich CDU und SPD aber gezwungen, zumindest weitere Flächen für mobile Wohncontainer in den Blick zu nehmen.

In wenigen Monaten fehlen 3.000 Plätze

Ebenfalls am Dienstag wurde bekannt, dass dem Berliner Senat im kommenden Frühjahr voraussichtlich [rund 3.000 Unterbringungsplätze für Geflüchtete fehlen](#), weil angemietete Hotel- und Hostelzimmer nicht mehr zur Verfügung stehen. Das geht aus einer parlamentarischen Anfrage des Grünen-Abgeordneten Jian Omar hervor, die dem rbb exklusiv vorliegt. Demnach müssen die angemieteten Plätze zwischen Februar und April 2024 aufgelöst werden.

Nur schleppend voran geht gleichzeitig der Bau von Modulen

Unterkünften des Typs 2.0, die für die langfristige Unterbringung - neben regulären Wohnungen - am geeignetsten sind. 2018 hatte der Senat beschlossen, insgesamt 12.000 Plätze solcher MUFs zu errichten, 1.000 pro Bezirk. Bislang sind davon lediglich 2.273 Unterbringungsplätze entstanden, in nur sechs Bezirken. Die nächsten Bauten werden nicht vor Ende April 2024 in Betrieb gehen.

<https://www.epochtimes.de/politik/deutschland/kurz-vor-dem-bergfest-im-kabinett-pensionsansprueche-im-fall-des-ampel-aus-bald-gesichert-a4498383.html> 29.11.2023

Kurz vor dem Bergfest im Kabinett: Pensionsansprüche im Fall des Ampel-Aus bald gesichert

Die Ampelregierung ist am 8. Dezember 2023 genau zwei Jahre im Amt. Falls die Regierung danach auseinanderfallen sollte, haben die meisten Kabinettsmitglieder dann schon Pensionsansprüche erreicht, als ob sie vier Jahre im Amt gewesen wären.

Am 8. Dezember 2023 jährt sich die Vereidigung des Regierungskabinetts Olaf Scholz zum zweiten Mal. Wie der Bundeskanzler und seine Minister ihr „Bergfest“ feiern werden, steht bislang nicht fest. Klar ist aber schon jetzt, dass 14 von insgesamt 16 Ressortchefs mit dem Stichtag automatisch erweiterte Ansprüche aus dem „Gesetz über die Rechtsverhältnisse der Mitglieder der Bundesregierung“ (Bundesministergesetz/BMinG) entstehen werden. Und zwar beim Ruhegehalt.

Grundsätzlich entsteht ein Anspruch auf eine im Alter auszahlende Pension für ein Mitglied der Bundesregierung zwar erst, wenn es „mindestens vier Jahre“ ununterbrochen Teil der Regierung war. Diese Frist wird gemäß Paragraf 15.1 BMinG aber mithilfe einer „rechtlichen Fiktion“ auf zwei Jahre verkürzt, falls:

der Bundestag dem Kanzler gemäß [Artikel 67 des Grundgesetzes](#) das Misstrauen ausspricht

eine wie auch immer geartete „Erledigung des Amtes des Bundeskanzlers“ eintritt

der Bundestag aufgelöst wird

Im Klartext: Wenn es nach dem 8. Dezember 2023 zu einem erfolgreichen Misstrauensvotum, einem Kanzlerrücktritt oder zu Neuwahlen kommen sollte, hätten jene amtierenden 14 Minister, die schon bei Regierungsantritt 2021 vereidigt worden waren, ihre BMinG-Ruhestandsgehälter fürs Alter im Trockenen. Und das, obwohl sie keine vier Jahre im Amt gewesen wären und auch selbst nichts zurückgelegt hätten.

Auszahlung schon mit 60 möglich

Ausgezahlt wird das Ruhegehalt allerdings erst bei Erreichen der [Regelaltersgrenze für Beamte](#), die spätestens mit 67 Jahren erreicht ist, oder auf Antrag schon mit Vollendung des 60. Lebensjahrs – dann allerdings mit Abschlägen von bis zu 14,4 Prozent.....

<https://jungefreiheit.de/politik/deutschland/2023/ist-die-kanzler-ehfrau-deswegen-als-ministerin-zurueckgetreten/> 29.11.2023

Ist die Kanzler-Ehefrau deswegen als Ministerin zurückgetreten?

POTSDAM. Ein deftiger Finanzskandal beim Landessportbund Brandenburg (LSB) belastet auch die ehemalige Landesministerin für Bildung, Jugend und Sport, [Britta Ernst](#). Die Ehefrau von Bundeskanzler Olaf Scholz (beide SPD) war im Februar ohne Angabe von konkreten Gründen [überraschend von ihrem Amt zurückgetreten](#).

Jetzt kommt heraus: Das Ministerium der 62jährigen zahlte dem LSB mindestens eine Million Euro zu viel Fördergeld für das „Haus des Sports“ aus. Brandenburgs Rechnungshof hat den Finanzskandal, der noch viel weitere Kreise zieht, jetzt enthüllt. Und dessen Präsident Christoph Weiser kündigte gegenüber der BZ an: „Unser Bericht geht auch an die Korruptionsstaatsanwaltschaft.“

Muß die Kanzler-Ehefrau vor Gericht?

Muß sich die zurückgetretene Ministerin demnächst vor Gericht verantworten? Es gibt noch einen zweiten Skandal, den der Rechnungshof jetzt öffentlich machte: Brandenburgs Freie Schulen fordern und bekommen seit Jahren so hohe Schulgelder, daß Eltern mit geringen

Einkommen ihren Kindern den Besuch nicht finanzieren können. Dabei gibt es eine klare Regel: Das Schulgeld darf fünf Prozent des Einkommens nicht überschreiten. Die Kanzler-Ehefrau und damalige Bildungsministerin Ernst griff trotzdem nicht ein.

Beim LSB warfen die Vorstandsmitglieder zudem mit Steuergeld nur so um sich. Sie erhöhten sich die maximal möglichen Gehälter von 5.600 bis 7.000 Euro (Besoldungsstufe A15) um unerlaubte Zulagen von bis zu 2000 Euro. Außerdem ließen sie sich Fahrtkosten, Altersvorsorge und Versicherungen vom Staat bezahlen.

Britta Ernst: Mehr als politisches Versagen?

Der Rechnungshof stieß bei seinen Recherchen auf harte Widerstände: Das Ernst-Ministerium stoppte die Überbezahlungen nicht und habe auch nicht zur Aufklärung der Verstöße beigetragen. Die LSB-Anwälte drohten den Beamten sogar mit Schadenersatz-Klagen.

Nachdem der Rechnungshof die Staatsanwaltschaft einschaltete, könnte das auch Folgen für die Frau des Bundeskanzlers haben. War Britta Ernsts Verhalten mehr als politisches Versagen? (fh)

<https://jungfreiheit.de/politik/deutschland/2023/lindner-neuverschuldung-haushalt/> 28.11.2023

Wie Lindner sich zu 72,2 Milliarden Euro Neuverschuldung trickst
Die Ampel beschließt im Eilverfahren, die Neuverschuldung für 2023 drastisch zu erhöhen. Lindner erklärt die „Notlage“ nun auch mit der Ahrtalflut von vor 30 Monaten. Die CDU/CSU signalisiert Zustimmung. BERLIN. Ohne sich zu treffen, hat die SPD-Grüne-FDP-Koalition für das laufende Jahr einen Nachtragshaushalt beschlossen. Insgesamt nimmt die Regierung so im Eilverfahren 72,2 Milliarden Euro neue Schulden auf – ein klarer Bruch der im Grundgesetz festgelegten Schuldenbremse.

Um dem den Schein der Legalität zu geben, erklärte Bundesfinanzminister [Christian Lindner](#) (FDP) für das bald abgelaufene Jahr 2023 nachträglich eine Notlage. Dafür erhalten sollen der Ukraine-Krieg und die Ahrtal-Flut vom 14. Juli 2021. Die CDU/CSU-Fraktion hat bereits signalisiert, gegen

diese windige Begründung nicht erneut vor dem Bundesverfassungsgericht klagen zu wollen.

Der [Karlsruher Richterspruch](#) hat damit weit weniger Auswirkungen auf den Bundeshaushalt als die Ampel-Parteien zunächst befürchteten. Sie verbuchen die bereits ausgegebenen Gelder aus dem verfassungswidrigen Klima- und Transformationsfonds (KTF) einfach als Neuverschuldung, die im Falle eine Notlage zulässig wäre.

Die Ahrtal-Flut vom Juli 2021 hilft jetzt Lindner

Doch laut Grundgesetz darf sich die Regierung nur dann darauf berufen, wenn „außergewöhnliche Notsituationen“, eintreten, „die sich der Kontrolle des Staates entziehen und die staatliche Finanzlage erheblich beeinträchtigen“. Da der Staat immer noch Zahlungen für die Opfer der Flutkatastrophe im Ahrtal zahle, nämlich in diesem Jahr 1,6 Milliarden Euro, begründet Finanzminister Christian Lindner (FDP) die nachträgliche Notlage auch damit.

Außerdem nennt er die Energiepreise im Zusammenhang mit dem Ukraine-Krieg als Begründung. Doch die sind längst deutlich gefallen. Anfang des Jahres, als die Kosten für Öl, Gas und Strom weit höher lagen, hatte er sich noch dagegen gesträubt, deswegen eine Notlage zu erklären. Weil sich die Bundesregierung nach einer Prüfung inzwischen sicher ist, daß auch der Wirtschaftsstabilisierungsfonds (WSF) verfassungswidrig ist, verfährt sie mit den davon im laufenden Jahr bereits ausgegebenen 43,2 Milliarden Euro genauso wie mit den Krediten aus dem KTF. Sie werden als Neuverschuldung gebucht – der erklärten „Notlage“ sei Dank. (fh)

<https://auf1.info/opferverhoehnung-bundesverdienstkreuz-fuer-ahrtal-versagerin-malu-dreyer/> 27.11.2023

Opferverhöhung: Bundesverdienstkreuz für Ahrtal-Versagerin Malu Dreyer

Von Daniel Matissek

Am Freitag [überschüttete Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier sechs amtierende und einen ehemaligen Ministerpräsidenten mit Bundesverdienstkreuzen](#). Darunter: Ahrtal-Flut-Versagerin Malu Dreyer

(SPD) aus Rheinland-Pfalz. Die Auszeichnung für sie topt sogar noch den [Hohn der Auszeichnung Angela Merckels mit dem höchsten BRD-Verdienstorden](#) im April.

Wofür genau die Medaillen verteilt wurden, wussten wohl weder Steinmeier noch die Ausgezeichneten selbst. Offiziell wurden angebliche „Verdienste um die Demokratie in langen Amtsjahren“ als Grund genannt.

Auch Auszeichnung Ramelows skandalös

Außer Dreyer durften sich über das grund- und anlasslos von Steinmeier spendierte Blech & Lametta folgende Länderchefs freuen: Reiner Haseloff (Sachsen-Anhalt) Winfried Kretschmann (Baden-Württemberg); Stephan Weil (Niedersachsen); Dietmar Woidke (Brandenburg); und – nicht minder skandalös wie der Fall Dreyer - Bodo Ramelow (Thüringen). Hinzu kam auch noch der frühere bayerische Ministerpräsident und Bundesinnenminister Horst Seehofer (CSU).